

Libyen

# Stunde null in Tripolis

Ghadhafi ist gestürzt, Libyen ist befreit. Doch das Land ist nach der Revolution von Stabilität und Ruhe weit entfernt. Religiöser Fundamentalismus, Spannungen zwischen den Landesteilen, Racheakte der Rebellen, die Versöhnung der einstigen Gegner – die zukünftige Führung Libyens steht vor grossen Herausforderungen, schreibt **Hanspeter Mattes**

In Libyen ist mit dem Fall der Hauptstadt Tripolis eine neue Ära angebrochen. Unabhängig vom weiteren Schicksal des libyschen Revolutionsführers Ghadhafi und trotz der Tatsache, dass noch immer einige Teile des Landes wie Sirte oder Sabha von loyalen Streitkräften kontrolliert werden, hat die Stunde null der Post-Ghadhafi-Ära begonnen. Dieser Neubeginn war für den seit März amtierenden Nationalen Übergangsrat der Opposition, aber auch westliche Staaten Anlass, Pläne für die Neugestaltung der politischen Zukunft Libyens zu entwerfen.

Westliche Wissenschaftler wie der amerikanische Konfliktforscher Daniel Serwer von der Johns Hopkins School of Advanced International Studies haben ihrerseits Szenarien für den möglichen Verlauf der Übergangszeit entwickelt und dabei hauptsächlich jene Gefahrenpotenziale in den Mittelpunkt gestellt, die Libyen ins Chaos stürzen können. Serwer nennt unter anderem Racheakte der siegreichen

Opposition an Vertretern des gestürzten Regimes und seines Sicherheitsapparates, uneinsichtige Ghadhafi-Kämpfer, die aus dem Untergrund heraus Anschläge verüben, eskalierende Machtkämpfe zwischen den rivalisierenden Fraktionen des Übergangsrates sowie zunehmende Aktivitäten militanter Islamisten und ihr Kampf für einen islamischen Staat.

Auch wenn dies keine gänzlich unrealistischen Warnungen sind, gibt es noch andere wichtige Faktoren zu berücksichtigen, die die weitere Entwicklung belasten und die Umsetzung der politischen Vision des Übergangsrates beeinträchtigen können. Der Übergangsrat, der sich als einzig legitime Vertretung des libyschen Volkes sieht und als solche ja auch vom Ausland anerkannt wurde, hat im Mai in seiner Erklärung die zukünftigen Konturen eines «demokratischen Libyen» umrissen. So soll umgehend eine Verfassung ausgearbeitet werden; es sollen politische Organisationen und Parteien gegründet werden, freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden und die Menschenrechte respektiert werden. Nach Beginn der

## Hanspeter Mattes

Hanspeter Mattes (\*1951) ist Politikwissenschaftler am GIGA Institut für Nahost-Studien in Hamburg und forscht seit 35 Jahren zu Libyen. Unter anderem berät er das deutsche Ausserministerium in Fragen rund um den aktuellen Konflikt. Seit 2007 ist Mattes stellvertretender Direktor des Institutes.

Offensive der Oppositions-Streitkräfte in Westlibyen hat der Übergangsrat am 3. August eine aus 37 Artikeln bestehende Verfassungserklärung verabschiedet, die zugleich einen politischen Fahrplan enthält. Demnach soll der Übergangsrat nach Eroberung der Hauptstadt Tripolis und der Proklamation der vollständigen Befreiung seinen Sitz von Benghazi dorthin verlegen und dann innert dreissig Tagen eine neue erweiterte Übergangsregierung bilden.

Die neue Übergangsregierung soll dann innerhalb von acht Monaten die Wahl einer 200-köpfigen Nationalkonferenz organisieren, in der «alle Söhne des Landes» vertreten sein sollen; die Nationalkonferenz, die den bisherigen Übergangsrat ablösen soll, soll dann die erste demokratisch berufene Regierung einsetzen und eine neue Verfassung ausarbeiten, die der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden muss.

De facto hat der Übergangsrat am 24. August erste Mitarbeiter nach Tri-

## Bewaffnete Rebellen im Quartier Abu Salim in Tripolis während Kämpfen gegen die Anhänger von Diktator Ghadhafi. (25. August 2011).

polis entsandt, und mehrere Mitglieder der Übergangsregierung sind am darauffolgenden Tag ebenfalls unter dem Jubel der Bevölkerung in Tripolis eingetroffen. Diese Schritte des Übergangsrates werfen mehrere Fragen auf.

Der Übergangsrat gründete sich am 27. Februar und umfasst unter Leitung des ehemaligen Richters Mustafa Abdeljalil 31 Mitglieder, von denen die meisten aus schnell gebildeten Lokalräten in Ostlibyen stammen, in dem rund ein Drittel der rund 6 Millionen Einwohner Libyens leben. In der Verfassungserklärung wurde zwar festgehalten, dass sich der Übergangsrat aus Vertretern der Lokalräte zusammensetzen soll, es wurde aber keine Anzahl der Sitze genannt. Unter Wahrung des Proporz der innerlibyschen Bevölkerungsverteilung müssten in Westlibyen mindestens 60 Lo-

kalräte entstehen. Bislang hat der Übergangsrat aber nur verlaunten lassen, dass nach der Befreiung Westlibyens zehn Vertreter aus dieser Region in den Übergangsrat aufgenommen werden sollen.

Dieses Übergewicht der Ostlibyer und ihrer Stammesvertreter im Übergangsrat werden vor allem die Tripolitane angesichts des ausgeprägten Ost-West-Gegensatzes im Lande nie akzeptieren, so dass politischer Zwist vorprogrammiert ist. Gleiches gilt für die Übergangsregierung, deren Neubildung ansteht und in der bisher unter Leitung von Mahmud Jibril Vertreter Ostlibyens dominieren. Wird auch hier der regionale Proporz missachtet, und die Siegermentalität der Ostlibyer als Initiator der «Bewegung des 17. Februar» lässt dies befürchten, verkompliziert sich die Situation weiter, zumal auch die jüngere Generation und die Frauen, die unter Ghadhafi in den politischen Prozess eingebunden waren, politische Partizipation einfordern. Der Übergangsrat trifft zudem

hdfeste politische Entscheidungen, über die eigentlich erst die Nationalkonferenz entscheiden dürfte. So hat Präsident Abdeljalil in einem Interview mit «La Repubblica» in der letzten Woche Parlaments- und Präsidentschaftswahlen binnen acht Monaten angekündigt, obwohl theoretisch die Option der Gründung einer Monarchie besteht – eine Option, für die sich sowohl die Gruppe der Konstitutionalisten als auch der ins Land zurückgekehrte Kronprinz Muhammad al-Sanusi starkmachen.

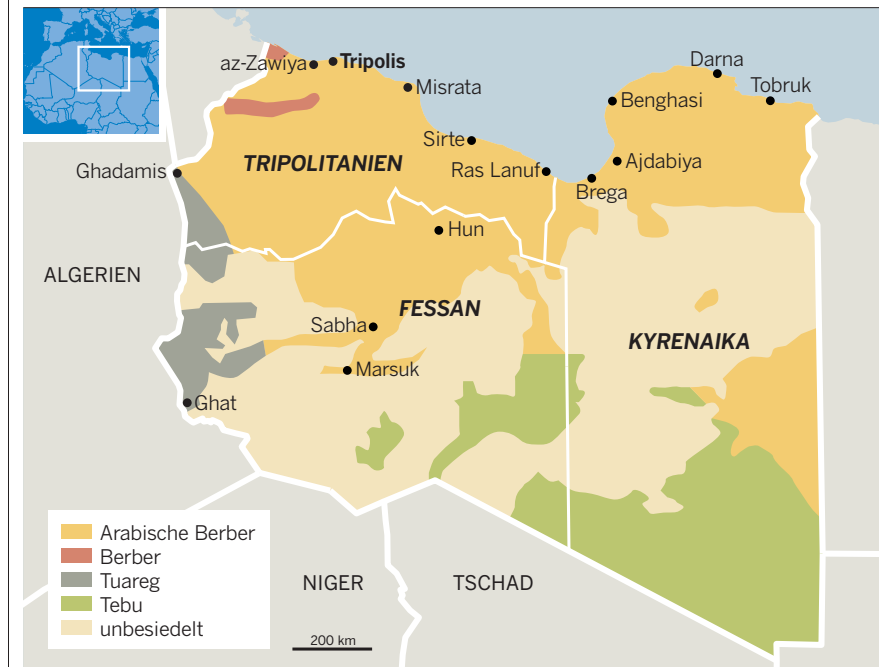
Die Vorentscheidung hat der Übergangsrat aber auch hinsichtlich der politischen Organisation der Bevölkerung getroffen, weil er in seiner «demokratischen Vision» von Parteien spricht. Nicht gänzlich auszuschliessen ist aber, dass die Nationalkonferenz für ein parteiloses politisches System optiert, in dem die politische Partizipation über gewählte Lokalräte erfolgt, weil die Erfahrungen mit Parteien 1951/52 katastrophal waren und bereits 1952 unter König Idris zu ihrem Verbot führten. Ein solches Votum der Nationalkonferenz wird schwierig oder gar unmöglich, wenn bereits im Vorfeld für Parteien votiert wird und auch Parteien entstehen.

Als Erster hat am 25. August der vor kurzem nach Italien geflohene ehemalige Weggefährte Ghadhafis, Stabsmajor Abd al-Salam Jallud, die Gründung einer säkularen nationalliberalen Partei angekündigt, der sicherlich bald weitere folgen werden. Ob die neuen Parteien weniger nach Stammesloyalitäten funktionieren als zur Zeit der Monarchie, wird sich zeigen. Der Gesetzgeber wird zwar im Parteiengesetz die Gründung von Parteien auf ethnischer, regionaler, tribaler und religiöser Grundlage verbieten, de facto wird dies aber schwierig werden, weil das Eintreten für das Gemeinwohl über Stammesinteressen hinaus erst gelernt werden muss.

Eine ebenfalls problematische Vorbestimmung der Zukunft Libyens erfolgt schliesslich auf religiöser Ebene. Ostlibyen ist durch das Wirken der

## Ethnische Vielfalt

### Provinzen und Volksgruppen Libyens



## Für den Übergangsrat wird es extrem schwierig, die nationale Einheit aufrechtzuerhalten.

Sanusibruderschaft seit dem 19. Jahrhundert religiöser geprägt als die liberale Tripolitania, so dass sich auch in Ostlibyen deutlich stärker Opposition gegen den «Ketzer» Ghadhafi und seine Islampolitik artikuliert. Die Aktivitäten bewaffneter Gruppen in den 1990er Jahren waren die Folge. Seit der Befreiung Ostlibyens haben die Muslimbrüder wie auch islamistische Gruppen die neu entstehenden Handlungsspielräume genutzt und drängen auf eine stärkere Islamisierung Libyens, eine Forderung, die allerdings die sich formierenden Liberalen, linken Gruppen und Nationalisten ablehnen. Weil bisher im Übergangsrat und der Übergangsregierung ostlibysche Persönlichkeiten dominieren, ist ein stärkerer islamischer Kurs nicht auszuschliessen, zumal Abdeljalil letzte Woche in einem Interview feststellte, in Libyen sei die Periode Ghadhafis zu Ende gegangen und habe die Periode des Islam begonnen. Unter diesen Gesichtspunkten wird es für den Über-

gangsrat extrem schwierig, die nationale Einheit aufrechtzuerhalten und den Zentrifugalkräften Einhalt zu geben.

Der Übergangsrat ist aber noch auf zwei weiteren Ebenen in nächster Zeit extrem gefordert. Zum einen muss er angesichts von rund 20 000 Bürgerkriegs-Toten seit Februar die nationale Versöhnung, ohne die es keine dauerhafte nationale Einheit geben kann, herbeiführen. Berichte vom vergangenen Donnerstag über die Hinrichtung von 32 gefangenen genommenen Soldaten Ghadhafis bestätigen die Befürchtungen Abdeljalils, dass seine Kämpfer zu Racheakten und Morden fähig sind. Für diesen Fall hat er zwar offen mit seinem Rücktritt gedroht; allerdings ist er als zentrale Oppositionsfigur für das In- und Ausland zu wichtig, als dass ein solcher Schritt tatsächlich erfolgen wird.

Wichtiger als die Versuche, Racheakte zu verhindern, ist, dafür zu sorgen, dass die massiven Menschenrechtsverletzungen unter Ghadhafi bald rechtsstaatlich aufgearbeitet werden. Abdeljalil hat in diesem Sinne selbst angekündigt, dass er seine Amtszeit als Justizminister Ghadhafis juristisch prüfen lassen möchte. Dieser Schritt eröffnet für alle jene Kader der neuen Institutionen gelten, die im Regime hohe Funktionen innehatten. Allerdings ist dies eine Minderheit, weil die meisten Mitglieder im Übergangsrat und der Übergangsregierung ehemalige politische Gefangene, Menschenrechtsaktivisten oder im Ausland tätige Experten sind.

Zum Zweiten gilt es neue Sicherheitsorgane aufzubauen, wobei dies sowohl die Polizei als auch die Streitkräfte betrifft. Vor allem die neu rekrutierten Soldaten der Free Libyan Armed Forces, darunter die Tripolis-Brigade mit ihren 3500 Mann, die den Hauptangriff auf Tripolis führte, werden hier militärische Ansprüche anmelden. Es ist aber auch möglich, dass Personen wie Scheich Abd al-Hakim Belhadj, Leiter des Militärrates Tripolis, politische Forderungen stellen.

Mit anderen Worten: Die politische Zukunft Libyens ist ungewiss und wird mittelfristig von Instabilität geprägt sein.

## Libyens Befreiung

### Januar 2011

**Erste Proteste.** Im Zuge der Aufstände in Nordafrika kommt es in Libyen zu Protesten gegen das Regime von Ghadhafi. Der libysche Schriftsteller Jamal al-Hajji, der zu solchen Protesten aufgefordert hat, wird am 1. Februar verhaftet.

### Februar 2011

**Gewalt gegen Protestierende.** Am 15. und 17. Februar kommt es zu Demonstrationen in grossen Städten. Ghadhafis Truppen schiessen auf die Menge und töten Dutzende Demonstranten.

**Bürgerkrieg.** Die Auseinandersetzungen wachsen sich zum Bürgerkrieg aus. Offiziere und Sicherheitskräfte laufen zu den Rebellen über. Am 20. Februar bringen diese die Stadt Benghazi unter Kontrolle, später auch weitere Städte. Der libysche Justizminister Mustafa Muhammad Abdul Jalil tritt zurück und schliesst sich den Rebellen an. Er wird wenig später Vorsitzender des national-



Ghadhafi mit Schirm im TV. (22. Februar)

len Übergangsrats, der am 27. Februar als politisches Organ der Rebellen gegründet wird. Ghadhafi meldet sich in mehreren TV-Ansprachen zu Wort. Einmal taucht er mit einem Regenschirm auf, ein andermal tobt er 74 Minuten lang vor der Kamera.

### März 2011

**Gegenoffensive.** Bereits Ende Februar schlagen Ghadhafis Truppen zurück. Die libysche Luftwaffe greift Rebellenhochburgen an. In umkämpften Städten feuern Heckenschützen auf Zivilisten. Anfang März erobern Regierungstruppen ostlibysche Küstenstädte zurück. **Nato greift ein.** Am 17. März erlässt der UNo-Sicherheitsrat eine Resolution. Sie sieht die Einrichtung einer Flugverbotszone und den Einsatz von Militär zum



Bomben der Nato auf Tripolis. (7. Juni)

Schutz der Bevölkerung vor. Am 19. März treffen sich in Paris Staatschefs der EU und mehrerer Nato-Staaten. Ein Militärreinsetz wird beschlossen. Am gleichen Tag um 16 Uhr 45 fliegen französische Kampfflieger erste Luftangriffe gegen Ghadhafis Truppen. Sie verhindern im letzten Moment die Rückeroberung Benghazi und ein Massaker.

### April bis Juli 2011

**Andauernde Kämpfe.** Die schlecht ausgebildeten Rebellen können mit der militärischen Unterstützung der Nato zwar wichtige Städte zurückerobern, werden aber immer wieder zurückgeworfen. Es kommt zu einem Patt.

### August 2011

**Eroberung von Tripolis.** Am 20. August beginnt eine von langer Hand geplante bewaffnete Revolute in Tripolis, kombiniert mit einem Angriff der Rebellen auf die Hauptstadt und Luftangriffen der Nato. Ghadhafi kann nicht standhalten. Die Rebellen bringen die Stadt unter ihre Kontrolle. Am 23. August erstürmen sie die Residenz von Ghadhafi. (fur)

## Die neuen Köpfe: Einige Rebellenführer haben lange Ghadhafi gedient



Der 59-jährige **Mustafa Abdeljalil** ist Vorsitzender des Übergangsrates und gilt als aufrechter und prinzipienfester Konservativer. Bis zum Februar diente er Ghadhafi als Justizminister, zuvor war er Anwalt und Richter und Vorsitzender des Appellationshofes. Abdeljalil sprach viele Urteile gegen das Regime und erwarb sich – obwohl Teil des Regimes – Respekt von Menschenrechtlern. Im Februar wurde er von Ghadhafi nach Benghazi entsandt und trat als Minister zurück, nachdem er das brutale Vorgehen des Regimes gesehen hatte. Abdeljalil stammt aus dem Osten des Landes.



**Mahmud Jibril** ist für viele Beobachter in Europa das Gesicht der Revolution. Er war Mitglied der nachher wieder aufgelösten Übergangsregierung der Rebellen. Der Politologe hat in den USA promoviert und war in Ghadhafis Regierung Vorsitzender der Planungskommission. Zu Beginn der Rebellion ist er zu den Aufständischen übergelaufen. Dass er die meiste Zeit seit Februar in Washington, London oder Paris war und nicht in Libyen, hat sich für die Rebellen gelohnt: Dass sie während des Krieges anerkannt wurden und Geld aus dem Westen bekamen, ist auch das Verdienst des 59-jährigen Jibril.



Die Verhaftung des 39-jährigen Anwalts **Fathi Terbil** am 15. Februar in Benghazi markiert den Beginn der libyschen Revolution. Terbil vertrat Familien, die Angehörige bei einem Massaker von Gefangenen 1996 verloren hatten. Ghadhafis Regime versuchte die Nachrichten über das Massaker, bei dem 1200 Personen starben, zu unterdrücken. Als Terbil in Benghazi verhaftet wurde, kam es zu Protesten, auf die die Polizei mit Schüssen reagierte. Heute ist Terbil im Übergangsrat für Jugendfragen zuständig, er ist einer der Helden des Aufstands und einer der wenigen, die vorher nicht der Diktatur dienten.



**Omar al-Hariri** hat Muammar Ghadhafi laut eigenen Angaben einst das Autofahren beigebracht. Er stammt aus der Nähe von Sirte und nahm 1969 am Putsch gegen König Idris teil. Nach einem Putschversuch gegen Ghadhafi verbrachte Hariri zum Tode verurteilt 15 Jahre in Haft, in Erwartung des Henkers. 1990 sei er dann, berichtet die BBC, in Tobruk, 1000 Kilometer von seiner Heimatregion unter Hausarrest gestellt worden. Der 67-Jährige gilt bei jungen Rebellen als historischer Held, weil er Ghadhafi zu stürzen versuchte. Im Übergangsrat ist er zuständig für das Militär. (pla.)